

Landkreis LÖRRACH
Gemeinde INZLINGEN

S A T Z U N G

der Gemeinde Inzlingen über den Bebauungsplan "BÜTZMATT-TAL"

Aufgrund des § 10 des Bundesbaugesetzes und der § 73 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg vom 28.11.1983 in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 18.03.1986 den Bebauungsplan "Bützmann-Tal"

für den Bereich der Gewanne:

Erstelweg, "Ortsetter Unterdorf", "Am Bergle", Bützmannweg, Auf der Neusetze (Muggenheuweg), Am Blumenacker, Sonnhalde, "Hütstal", "Äußere Bützmann", "Innere Bützmann", "Ob dem Neuen Weg", "Lichsenhalde", "Lichsmatt", Waldstraße, "Erstel", "Ersteltal", "Erstelhalde links", "Erstelhalde rechts".

als Satzung beschlossen.

§ 1 RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH DES BEBAUUNGSPLANES

Der räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus der Festsetzung im Lageplan.

§ 2 BESTANDTEILE DES BEBAUUNGSPLANES

Der Bebauungsplan besteht aus:

- | | | |
|---|-------------|-------------------|
| 1. Lageplan (Bl.2) M. 1:1000 | v. 11.07.85 | m.Änd.v. 25.04.86 |
| 2. Bauvorschriften | v. 11.07.85 | m.Änd.v. 25.04.86 |
| 3. Straßenplanung M. 1: 500
mit Längs- und
Querprofilen | v. 01.07.85 | m.Änd.v. 25.04.86 |
| 4. Bachplanung Bützmannbach | v. 07.12.84 | |

Beigefügt sind:

- | | | |
|--------------------------------------|-------------|-------------------|
| 5. Begründung | v. 11.07.85 | m.Änd.v. 25.04.86 |
| 6. Übersichtsplan (Bl.2) M. 1:5000 | v. 11.07.85 | |
| 7. Gestaltungsplan (Bl.3) M. 1:1000 | v. 11.07.85 | m.Änd.v. 25.04.86 |
| 8. Bericht über Baugrunduntersuchung | v. 30.05.85 | m.Änd.v. 25.04.86 |

§ 3 TEILAUFBEBUNG DES BEBAUUNGSPLANES "HÜTSTAL"

Der Bebauungsplan "Hütstal", genehmigt am 26.10.1970, wird in dem vom neuen Bebauungsplan überlagerten Straßenbereich aufgehoben (Lageplan Anlage).

§ 4 ORDNUNGSWIDRIGKEITEN

Ordnungswidrig im Sinne von § 74 LBO handelt, wer den aufgrund von § 73 LBO ergangenen Bestandteilen dieser Satzung zuwiderhandelt.

§ 5 INKRAFTTRETEN

Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung ihrer Genehmigung in Kraft.

Inzlingen, den 25.04.1986

Der Bürgermeister:

Siegel der Gemeinde

Anlage:

Lageplan mit
Überlagerungsbereich
Bebauungsplan "Hütstal"

B E B A U U N G S V O R S C H R I F T E N

zum Bebauungsplan " BÜTZMATT-TAL "

der Gemeinde INZLINGEN

für den Bereich der Gewanne:

Erstelweg, "Ortsetter Unterdorf", "Am Bergle",
Bützmatweg, Auf der Neusetze (Muggenheuweg), Am Blumenacker, Sonnhalde, "Hütstal", "Äußere Bützmat", "Innere Bützmat", "Ob dem Neuen Weg", "Lichsenhalde", "Lichsmatt", Waldstraße, "Erstel", "Ersteltal", "Erstelhalde links", "Erstelhalde rechts".

A. RECHTSGRUNDLAGEN

1. §§ 1 - 2 a, 8 - 10 des Bundesbaugesetzes vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256), 3617), zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949) -- BBauG.
2. §§ 1 - 27 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) i.d.F. der Bekanntmachung vom 15.09.1977 (BGBl. I S. 1763) -- BauNVO.
3. §§ 1 - 3 der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne sowie über die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung) vom 30.07.1981 (BGBl. I S. 833) -- PlanzV 81.
4. § 73 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg i.d.F. vom 28.11.1983 (Ges.Bl. S. 770) -- LBO.

B. TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

In Ergänzung der Planzeichnung (Bebauungsplan Bl. 2) wird folgendes festgesetzt:

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (gem. § 9 Abs. 1 BBauG)

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird gegliedert in:

1.1 Allgemeines Wohngebiet (WA) gem. § 4 BauNVO

1.1.1 Ausnahmen

Ausnahmen nach § 4 (3) Nr. 1 - 3 BauNVO sind nach § 1 (6) Nr. 2 BauNVO allgemein zulässig, sofern die allgemeine Zweckbestimmung des Baugebietes gewahrt bleibt.

Ausnahmen gem. § 4 (3) Nr. 4 - 6 BauNVO sind gem. § 1 (6) Nr. 1 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

1.1.2 Gemäß § 4 Abs. 4 BauNVO sind Flächen festgesetzt, in welchen nur Gebäude mit nicht mehr als zwei Wohnungen zulässig sind.

1.2 Mischgebiet (MI) gem. § 6 BauNVO

Das Mischgebiet wird gem. § 1 (4) Nr. 1 BauNVO bereichsweise gegliedert und gem. § 1 Abs. 5 BauNVO eingeschränkt.

1.2.1 Eingeschränktes Mischgebiet (MI(e))

Zulässig sind nur sonstige nichtstörende Gewerbebetriebe (analog § 4 (3) Nr. 2 BauNVO).

1.2.2 Ausnahmen

Ausnahmen gem. § 6 Abs. 3 BauNVO sind nach § 1 (6) Nr. 2 BauNVO allgemein zulässig, sofern die allgemeine Zweckbestimmung des Baugebietes gewahrt bleibt.

1.3 Flächen für den Gemeinbedarf gem. § 9 (1) Nr. 5 BBauG für Festhalle und Kindergarten.

1.4 Öffentliche Grünflächen gem. § 9 (1) Nr. 15 BBauG für Sportplatz und Spielplatz neben Kindergarten.

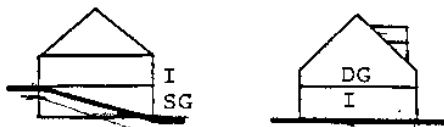
1.5 Private Grünflächen gem. § 9 (1) Nr. 15 BBauG für Tennisplätze im Ersteltal.

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG gem. § 16 BauNVO

2.1 Die Festsetzung des Maßes der baulichen Nutzung erfolgt durch Eintragung (Bl. 2) der Grundflächenzahl (GRZ) und der Geschoßflächenzahl (GFZ) als Höchstwerte und die Zahl der Vollgeschosse (Z) zwingend oder als Höchstgrenze.

2.2 Die Geschoßzahl ist im geneigten Hanggebiet mit

$$\begin{aligned} II &= I + SG \text{ oder} \\ II &= I + DG \end{aligned}$$



festgesetzt. Dies bedeutet, daß am Hang die Gebäude bergseits ein- und talseits zweigeschossig ausgebildet werden, wobei das Sockelgeschoß (SG) oder alternativ das Dachgeschoß (DG) als anrechenbares Vollgeschoß ausgeführt werden kann.

Bei den Gebäuden mit Pyramidendach (PD) ist ein zusätzliches Untergeschoß als Garagengeschoß zulässig.

3. BAUWEISE gem. § 22 BauNVO

3.1 Die Bauweise wird als offene Bauweise festgesetzt.

3.2 Entsprechend der Eintragung im Plan (Bl. 2) sind gem. § 22 Abs. 2 BauNVO Flächen festgesetzt, auf denen nur Einzelhäuser oder nur Einzelhäuser und Hausgruppen zulässig sind.

4. ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE gem. § 23 BauNVO

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Festsetzung von Baugrenzen bestimmt.

5. STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN gem. § 9 (1) Nr. 2 BBauG

Die Stellung der baulichen Anlagen ist durch die First- bzw. Gebäuderichtung im Plan (Bl. 2) festgesetzt.

6. HÖHENLAGE DER GEBÄUDE gem. § 9 Abs. 2 BBauG

6.1 Die SG-Fußbodenhöhe darf bei Gebäuden oberhalb der Erschließungsstraße das bestehende Geländeniveau, gemessen in der Mitte der straßenseitigen Fassade nicht überschreiten.

6.2 Bei den Gebäuden talseits der Erschließungsstraßen, sowie bei den Gebäuden des Typs $II = I + DG$ darf die EG-Fußbodenhöhe das gewachsene Geländeniveau, gemessen in der Mitte der bergseitigen Gebäudekante nicht mehr als 50 cm überschreiten.

- 6.3 Soweit die Gebäude bei Einhaltung dieser Vorschrift 6.2 erheblich tiefer liegen als die Straße, kann die Oberkante - Erdgeschoß-Decke bis auf Straßenhöhe angehoben werden, jedoch sind die festgelegten Gebäudehöhen über Gelände (Ziff. II.3.1) einzuhalten.
- 6.4 Die Höhenlage der Gebäude ist in Typenschnitten dargestellt.
7. NEBENANLAGEN gem. § 14 BauNVO
- 7.1 Im gesamten Grundstücksbereich sind ebenerdige bauliche Kleinanlagen, Schwimmbecken, Spielplätze, Einfriedigungen, Gerätehäuschen, Lauben und Pergolen auch in Verbindung mit Sichtschutzmauern zulässig.
- Nebengebäude sind bis zu einer Größe von 20 qm Grundfläche zulässig. Sie sind mit Satteldach und mit dem gleichen Dachdeckungsmaterial wie das Hauptgebäude auszuführen. Als Material ist Putz oder Holz zulässig.
- 7.2 Versorgungsanlagen im Sinne des § 14 Abs. 2 BauNVO können als Ausnahme zugelassen werden.
8. VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTENDE FLÄCHEN
gem § 9 (1) Nr. 10 BBauG
- Bei Straßeneinmündungen und Kreuzungen sind die im Plan eingezeichneten Sichtdreiecke von jeglicher Anlage, Einfriedigung und Bepflanzung von mehr als 0,80 m Höhe freizuhalten.
9. GARAGEN UND STELLPLÄTZE gem. § 9 (1) Nr. 4 BBauG
- 9.1 Im Plan sind die Garagenzufahrten zwingend festgesetzt.
- 9.2 Garagen sind gem. § 12 Abs. 6 BauNVO nur innerhalb der überbaubaren Flächen oder der im Plan besonders gekennzeichneten Flächen zulässig.
- 9.3 Der Mindestabstand der Garagen von der Gehweg- bzw. Straßenkante beträgt 5,0 m.
10. FLÄCHEN FÜR PFLANZGEBOTE gem. § 9 (1) Nr. 25 a BBauG
UND PFLANZBINDUNGEN gem. § 9 (1) Nr. 25 b BBauG
- 10.1 Im Plan sind Flächen für das Anpflanzen von Bäumen entlang der Straße festgesetzt. Die Flächen für die Baumstandorte sind jeweils als öffentliche Flächen (Grünflächen) mit 1,50 x 1,50 m festgesetzt.
Mindeststammumfang der Bäume: 20 cm.

10.2 Uferbegleitgrün gem. § 9 (1) Nr. 15 BBauG

Entlang des Ufers des Bützmatzbaches wird auf den Privatgrundstücken ein Abstandsstreifen als Uferbegleitgrün festgesetzt.

10.3 Im Plan sind zu erhaltende Einzelbäume festgesetzt. Diese sind während der Bauzeit dauerhaft durch einen Holzzaun zu schützen.

11. MIT GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHEN
gem. § 9 (1) Nr. 21 BBauG

Für öffentliche Ver- und Entsorgungsanlagen sind zugunsten der Versorgungsträger Leitungsrechte festgesetzt. Der Eigentümer betroffener Grundstücke darf keine Verrichtung vornehmen, die den Bestand und die Betriebssicherheit der Anlagen gefährden. Schächte sind freizuhalten.

12. FLÄCHEN FÜR AUFSCHÜTTUNGEN, ABGRABUNGEN UND STÜTZMAUERN
gem. § 9 (1) Nr. 26 BBauG

12.1 Böschungen, die zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind, werden auf den Privatgrundstücken angelegt.

Die zur Herstellung der Straße erforderlichen Stützmauern liegen in der öffentlichen Straßenfläche.

Die Straßenböschungen und Stützmauern sind im Bebauungsplan (Bl. 2) und in den Querprofilen der Straßenplanung festgesetzt.

Die Straßenplanung mit den Querschnitten und Längsprofilen ist Bestandteil des Bebauungsplanes.

12.2 Private Stützmauern bergseits der Straße können bis max. 1/3 der Böschungshöhe bis 1,20 m hoch angelegt werden.

Werden Stützmauern an Straßen ohne Gehweg errichtet, so sind sie 0,50 m hinter die Straßenbegrenzungslinie (VK Bordstein) zu setzen. Die Zwischenfläche ist zu begrünen.

12.3 Im Bereich des Grundstückes Fl.st.Nr. 1037 wird die Grundstücksfläche auf eine Tiefe von ca. 15 - 20 m abgeböscht, um eine Stützmauer zu vermeiden.

II. BAUORDNUNGSRECHTLICHE GESTALTUNGSVORSCHRIFTEN gem. § 9 Abs. 4 BBauG und § 73 LBO

1. DACHFORM - DACHNEIGUNG

- 1.1 Die Dachneigung ist im Plan festgesetzt. Sie beträgt bei den Hauptgebäuden mit Satteldach:

38 - 45 Grad im südlichen Bereich im Anschluß an das historische Unterdorf
32 - 38 Grad im nördlichen Bereich im Anschluß an das Neubaugebiet "Hütstal".

- 1.2 Für die wahlweise mit Pyramidendach festgesetzten Gebäude in städtebaulich wichtiger Lage beträgt die Obergrenze 25 Grad.

- 1.3 Für alle geneigten Dächer ist Dachdeckungsmaterial in der Farbe rot bis rotbraun zu verwenden.

Als Dachdeckungsmaterial werden Ton- oder Betonziegel empfohlen oder in der Oberfläche gleichartige Schuppenmaterialien.
Großflächige Platten oder Blechdeckungen sind nicht zulässig.

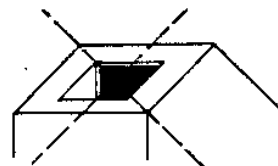
- 1.4 Dachgaupen dürfen nur nebeneinander, jedoch nicht übereinander angeordnet werden.

Dachgaupen unterschiedlicher Ausformung dürfen nicht auf einer Dachfläche angeordnet werden.

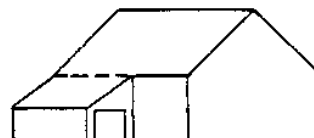
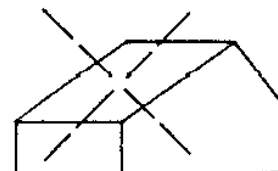


- 1.5 Solaranlagen sind dann zulässig, wenn sie nicht den überwiegenden Anteil der Dachfläche bedecken und sich den unter Ziff. II.1.3 genannten Materialien anpassen.

- 1.6 Dacheinschnitte sind unzulässig.



- 1.7 Asymmetrische Dächer sind unzulässig. Diese Regelung gilt nicht für die Überdachung ablesbarer Ergänzungs- bzw. Anbauten in Verbindung mit dem Hauptgebäude.



2. GARAGEN

- 2.1 Garagen sind mit einem Satteldach zu versehen, das im Dachdeckungsmaterial dem Dach des Wohngebäudes entspricht.

Die zulässige Dachneigung beträgt:

30 - 45 Grad im südl. Bereich
25 - 38 Grad im nördl. Bereich

Die Dachneigung der Garagen soll sich der Neigung des Hauptdaches annähern.

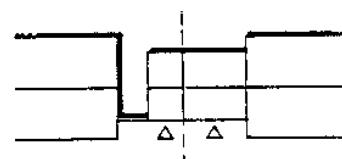
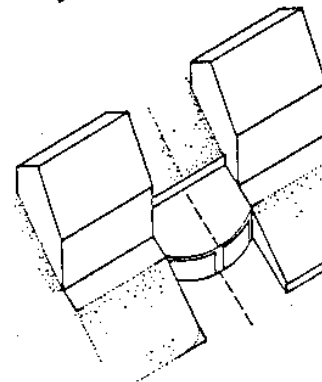
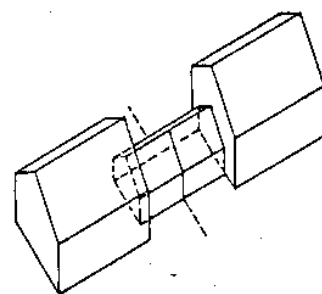
Die Dachneigung und Dachdeckung zusammengeplanter Garagen ist aufeinander abzustimmen.

- 2.2 Garagen, die bergseits an der Rückwand in das Gelände einschneiden, sind mit Humus zu überdecken und zu bepflanzen, soweit sie nicht als Terrasse genutzt werden.

- 2.3 Grenzgaragen müssen, sofern sie beidseits einer Grundstücksgrenze festgesetzt sind, in ihrer Bauweise aufeinander abgestimmt werden.

Die Garagenzufahrten sind nebeneinander zu führen.

Die bauliche Verbindung zum Haupthaus muß direkt oder über eine Zwischenwand hergestellt werden.



3. GEBÄUDEHÖHE

- 3.1 Die Höhe der Gebäude darf von der im Mittel gemessenen vorhandenen Geländeoberfläche bis zur Traufe (Schnittpunkt Außenwand - Dachhaut) höchstens betragen:

- | | |
|--|--------|
| - Bei eingeschossigen Gebäuden
und eingeschossigem Gebäudeteil | 4,00 m |
| - bei zweigeschossigen Gebäuden
und zweigeschossigem Gebäudeteil | 6,50 m |
| - bei den Gebäuden mit Pyramiden-
dach (PD) ist talseits ein wei-
teres Garagengeschoß zulässig.
Zulässige Gebäudehöhe talseits | 9,00 m |

- 3.2 Als Ausnahme kann zugelassen werden, daß bei Grundstücken, die erheblich tiefer liegen als die Straße, das Gelände bis auf Straßenhöhe angeschüttet wird.

In diesem Fall ist die max. Gebäudehöhe über der im Mittel gemessenen Straßenhöhe bzw. der neuen Geländehöhe zu messen. Dabei ist jedoch die unter II.3.1 zugelassene Gebäudehöhe einzuhalten.

4. GESTALTUNG DER GEBÄUDE

Die durch Grenzgaragen miteinander verbundenen Gebäude sind in Form und Gestalt, insbesondere der Traufhöhe, Sockelhöhe, Dachneigung und Firsthöhe sowie in Art und Farbe des Dachdeckungsmaterials aufeinander abzustimmen.

5. EINFRIEDIGUNGEN

- 5.1 Die Höhe der Einfriedigung darf max. 1,20 m über Straßenoberkante bzw. eingeebnetem Gelände liegen. Sichtschutzmauern in Verbindung mit dem Hauptgebäude bzw. den zulässigen Nebengebäuden können bis zu einer Höhe von 2,50 m errichtet werden, dürfen aber eine Gesamtlänge von 3,50 m nicht überschreiten.

- 5.2 Einfriedigungen entlang der Straßen ohne Gehwege, des landwirtschaftlichen Weges und sonstiger Fußwege sind um mindestens 0,50 m hinter die Grundstücksgrenze zurückzusetzen. Die Zwischenflächen sind als Grünflächen anzulegen und zu unterhalten.

- 5.3 Als Einfriedigungen sind Sockelmäuerchen bis 0,30 m Höhe mit Drahtzaun und Heckenhinterpflanzung sowie einfache Holzzäune mit oder ohne Heckenhinterpflanzung zulässig.

Stacheldraht darf nicht verwendet werden.

6. GESTALTUNG DER UNBEBAUTEN FLÄCHEN UND VORGÄRTEN

- 6.1 Auffüllungen und Abtragungen auf den Grundstücken sind so durchzuführen, daß die gegebenen, natürlichen Geländeverhältnisse wenig beeinträchtigt werden. Die Geländeverhältnisse der Nachbargrundstücke sind dabei zu berücksichtigen.

- 6.2 Die unbebauten Freiflächen sind als Grünflächen bzw. Gärten anzulegen und zu unterhalten.

- 6.3 Höfe, Stellplätze und Garagenzufahrten sind zu befestigen.

7. ANTENNEN

7.1 Für jedes Gebäude ist nur eine Außenantenne zulässig.

8. NIEDERSPANNUNGSLEITUNGEN

Niederspannungleitungen sind zu verkabeln.

9. PLANVORLAGE

Beim Bauantrag sind folgende Unterlagen zusätzlich vorzulegen:

- 9.1 Querschnitt des Gebäudes mit natürlicher (vorhandener) und geplanter Geländelinie und den geplanten bzw. vorhandenen Straßenhöhen, jeweils entlang der mit der Geländeneigung gleichlaufenden Umfassungswände.
- 9.2 In den Fassaden ist ebenfalls die geplante bzw. vorhandene Straßenlinie und die natürliche und geplante Geländelinie einzutragen.
- 9.3 Die Genehmigungsbehörde kann weitere, zur Beurteilung der Bauvorhaben notwendige Unterlagen verlangen (Lichtbilder, Modelle, Stangengerüste im Gelände usw.).

III. HINWEIS ZUM BAUGRUND

Im gesamten Hanggebiet sind aufgrund der geologischen Gegebenheiten Setzungsunterschiede zu erwarten. Stellenweise ist das Bodenmaterial für die Aufnahme von Bauwerkslasten nur bedingt geeignet.

Bei der Bebauung sollte deshalb mit partiellem Bodenaustausch gerechnet werden. Außerdem kann ein zusätzlicher Standsicherheitsnachweis erforderlich werden.

(Der Bericht über die Baugrunduntersuchung des Geotechnischen Institutes, Weil am Rhein, ist Bestandteil des Bebauungsplanes.)

Inzlingen, den 11.07.1985

geändert nach Offenlegung
gem. Gemeinderatsbeschuß
vom 18.03.1986

Inzlingen, den 25.04.1986

Der Bürgermeister

Satzung (textliche Änderung)

BPlan Nr. 402/12_1

"Bütz matt-Tal, Änderung 1"

in Kraft getreten am 07.10.1999

(Textliche Änderung des Bebauungsplanes (402/12)

"Bütz matt-Tal", in Kraft getreten am 17.10.1986

Gemeinde Inzlingen (Landkreis Lörrach)

Satzung zur Änderung des Bebauungsplanes „Bützmann-Tal“, in Kraft seit 17. Oktober 1986

Aufgrund von § 10 Baugesetzbuch, §§ 1 ff. Baunutzungsverordnung und § 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat der Gemeinde Inzlingen am 28. September 1999 in öffentlicher Sitzung die Änderung des genannten Bebauungsplanes als Satzung beschlossen:

§ 1 Rechtsgrundlagen

1. Baugesetzbuch (BauGB)
2. Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO)
3. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne sowie über die Darstellung der Planinhalte (PlanzVO)
4. Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO)
5. Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO)

§ 2 Räumlicher Geltungsbereich der Satzung

Der räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus dem beiliegenden Plan (Anlage 1).
Folgende Flurstücksnummern sind betroffen: 5075, 5077, 5078, 5079, 5080, 5081, 5082, 5083, 5108, 5109, 5110, 5111, 5086, 5087, 5088, 5089, 5090, 5091, 5092, 5093, 5094, 5095 und 5096.

§ 3 Gegenstand der Änderung

Der Textteil des Bebauungsplanes „Bützmann-Tal“ vom 17. Oktober 1986 wird für die in § 2 genannten Flurstücke wie folgt geändert:

I. Planungsrechtliche Festsetzungen (gemäß § 9 Absatz 1 BauGB)

1.1.2 Beschränkung der Anzahl der Wohneinheiten in Wohngebäuden

Pro Wohngebäude sind maximal drei Wohneinheiten zulässig.

II. Bauordnungsrechtliche Gestaltungsvorschriften (gemäß § 9 Absatz 4 BauGB in Verbindung mit § 74 LBO)

- 6.2 Ein Viertel der Vorgartenfläche ist zu begrünen. Die unbebauten Freiflächen sind als Grünflächen bzw. Gärten anzulegen und zu unterhalten.

§ 4
Bestandteile der Satzung

Die Begründung ist Bestandteil dieser Änderungssatzung.

§ 5
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Inzlingen, den 29. September 1999



Hildebrand, Bürgermeister

Die Satzung wurde im Mitteilungsblatt der Gemeinde Inzlingen vom 07. Oktober 1999 öffentlich bekanntgemacht.

Inzlingen, den 07. Oktober 1999



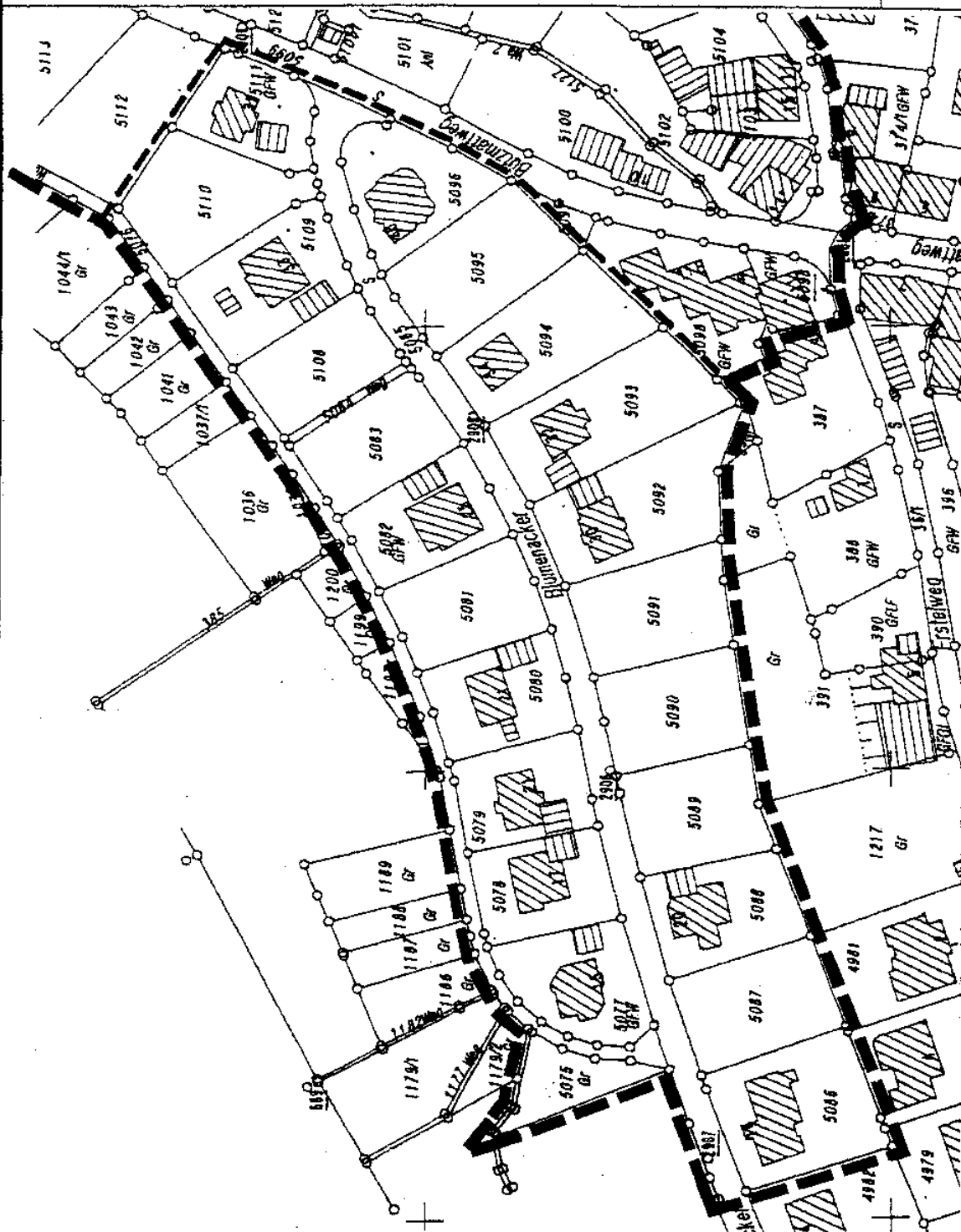
(Hildebrand)
Bürgermeister

BEBAUUNGSPLAN "BÜTZMATT-TAL"

Änderung 1

Anl.

1



Geltungsbereich Bebauungsplan

Geltungsbereich Änderung 1

